

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Kronenberg und der Freiheitlichen Reformfraktion

Kleine Anfrage zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie Perspektiven einer privilegierten Partnerschaft

Kanada ist einer der engsten Wertepartner Europas außerhalb des europäischen Kontinents. Die Bundesrepublik Deutschland und Kanada verbindet eine lange Tradition gemeinsamer außenpolitischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen. Beide Staaten stehen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Pluralismus, soziale Marktwirtschaft, freien Handel, regelbasierte internationale Ordnung und multilaterale Zusammenarbeit.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada?
2. Sieht die Bundesregierung Kanada als strategischen Wertepartner Europas?
3. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung Kanada im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und anderen westlichen Partnern bei?
4. Welche rechtlichen Voraussetzungen sieht die Bundesregierung für einen Beitritt zur Europäischen Union nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union?
5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein regulärer Beitritt Kanadas zur Europäischen Union nach geltendem Vertragsrecht rechtlich nicht oder nur schwer möglich wäre?
6. Hält die Bundesregierung neue Formen einer privilegierten Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und demokratischen Drittstaaten für prüfenswert?
7. Welche Modelle vertiefter Integration oder Assoziierung außerhalb einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union sind der Bundesregierung bekannt?
8. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Gespräche auf europäischer Ebene über eine institutionelle Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada?
9. Welche bestehenden Abkommen, Dialogformate, Arbeitsgruppen oder sonstigen institutionellen Kooperationsstrukturen zwischen der Europäischen Union und Kanada sind der Bundesregierung bekannt?

10. Welche Bundesministerien waren seit Beginn der 8. Wahlperiode an Gesprächen, Arbeitsgruppen oder sonstigen Abstimmungen mit Kanada oder zu EU-Kanada-Fragen beteiligt?
11. Hat sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene bereits mit Modellen einer vertieften Partnerschaft demokratischer Drittstaaten außerhalb Europas befasst, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
12. Welche Rolle könnte Kanada nach Einschätzung der Bundesregierung in europäischen Sicherheits-, Verteidigungs- und Beschaffungsstrukturen spielen?
13. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada in den Bereichen Energie, Rohstoffe, Forschung, Künstliche Intelligenz, Digitalpolitik und Arktis-Fragen?
14. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung Kanada für die europäische Versorgungssicherheit bei kritischen Rohstoffen, Energie, Wasserstoff, Batterietechnologien, Halbleitern und weiteren strategisch relevanten Zukunftstechnologien bei?
15. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung kurzfristig die größten Potenziale für eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada?
16. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Kanada stärker in europäische Forschungs-, Innovations-, Bildungs- und Austauschprogramme einzubinden?
17. Unterstützt die Bundesregierung eine stärkere parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag, dem Europäischen Parlament und dem Parlament Kanadas?
18. Wäre die Bundesregierung bereit, sich auf europäischer Ebene für eine langfristige EU-Kanada-Strategie einzusetzen?
19. Welche konkreten rechtlichen Änderungen auf europäischer Ebene wären nach Einschätzung der Bundesregierung erforderlich, um Staaten außerhalb Europas eine institutionell privilegierte Partnerschaft oder eine besonders vertiefte Assoziierung mit der Europäischen Union zu ermöglichen?
20. Ist die Bundesregierung bereit, sich auf europäischer Ebene für die Entwicklung eines neuen Partnerschaftsmodells einzusetzen, das besonders eng mit der Europäischen Union verbundene demokratische Drittstaaten wie Kanada institutionell stärker einbindet?
21. Wäre die Bundesregierung grundsätzlich bereit, auf europäischer Ebene prüfen zu lassen, ob und unter welchen rechtlichen, politischen und institutionellen Voraussetzungen die Verträge der Europäischen Union langfristig so weiterentwickelt werden könnten, dass besonders eng mit der Europäischen Union verbundene demokratische Drittstaaten wie Kanada eine Beitrittsperspektive oder eine beitriffsnahe institutionelle Sonderstellung erhalten könnten?

Berlin, den 2. Juli 2026

Sebastian Kronenberg und Fraktion